

Frau Bütler, laut SP-Nationalrätin Tamara Funicello sind Kinder für Frauen eine «riesige Armutsfalle». Müsste man die Frauen davor warnen, Kinder zu bekommen?

Dann müsste man alle davor warnen, Kinder zu haben – Männer auch. Kinder kosten, und wegen der Betreuung tun sich Lücken in der Altersvorsorge auf. Früher war das kaum ein Thema, weil fast alle Kinder hatten und es kaum Scheidungen gab. Heute, mit den vielen Wahlmöglichkeiten im Leben, gibt die Kinderfrage mehr zu reden.

Frauen leisteten mehr unbezahlte Arbeit, sogenannte Care-Arbeit, als Männer, sagen die Gegner der AHV-Reform. Deswegen sei es richtig, dass sie weniger lang arbeiten müssten.

Mit diesem Argument kann ich gar nichts anfangen. Zwei Drittel der unbezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet, ein Drittel von Männern. Wenn wir diese berücksichtigen wollen, müssen wir direkt dort ansetzen und das Ganze nicht auf das Rentenalter umlegen.

Könnte man die unbezahlte Arbeit – Kinderbetreuung, Altenpflege, Nachbarschaftshilfe – mit Geld abgelden?

Alle reden von Care-Arbeit, doch niemand definiert, was das genau ist. Wenn ich für meine Familie koche, ist das schon Care? Ich finde nicht. Ein zweiter Punkt: Welche Care-Arbeit fällt in den privaten Bereich, welche Tätigkeit geht den Staat etwas an? Drittens: Wie soll Care abgegolten werden? Alles ist auch eine Wertefrage.

Die Linke sieht vornehmlich den Staat in der Pflicht. Care-Arbeit gehöre zum Service public.

Ich halte gar nichts davon, dass der Staat die Care-Arbeit in der Familie direkt mitfinanzieren soll. Über das Steuersystem mit Abzügen und teilweise unterschiedlichen Tarifen, über die Betreuungsgutschriften in der AHV/IV und Subventionen wird die geringere Leistungsfähigkeit der Familien durch den Staat ja durchaus berücksichtigt. Wir vergessen zudem oft, dass die Zeit, in der die Kinder klein sind, im Vergleich zur ganzen Lebensspanne doch recht überschaubar ist. Man muss sich nicht vierzig Jahre lang um die Kinder kümmern. Viele Eltern könnten vor der Geburt der Kinder vorsorgen oder Lücken in der Altersvorsorge, die während der Familienphase entstanden sind, später wieder füllen. Anders sieht es aus in Familien, wo kranke oder behinderte Kinder und Angehörige gepflegt werden müssen. Hier bin ich klar der Meinung, dass diese Arbeit unter bestimmten Bedingungen vom Staat entschädigt werden sollte. So zum Beispiel über eine Betreuungsrente im Alter, damit die Betroffenen nicht auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind.

Für Mütter lohne es sich nicht, zu arbeiten, denn ihr Lohn gehe für die Kinderbetreuung und die Steuern drauf, heisst es. Ist das nicht sehr kurzfristig gedacht? Wer berufstätig ist, verliert den Anschluss nicht und bleibt in der Pensionskasse versichert.

Natürlich ist dies eine sehr kurzfristige Sicht. Nur: Wenn trotz Stress mit Job und kleinen Kindern unter dem Strich kaum etwas bleibt, gewinnt eine Auszeit – meist der Mutter – an Attraktivität. Die Auszeit dauert dann vielleicht länger als geplant. Viele Menschen unterschätzen die Notwendigkeit einer frühen Planung der Vorsorge. Das ist auch einer der Gründe, weshalb die Altersvorsorge fast überall durch den Staat organisiert oder reguliert wird. Kommt hinzu, dass das Leben generell teurer wird, wenn beide Partner voll arbeiten: Weniger Subventionen für Wohnung und Krankenkasse, mehr Ausgaben für externe Haushalthilfe und weniger Zeit, sich um günstige Angebote zu kümmern, zum Beispiel um die Sportausrüstung der Kinder. Ein Elternpaar, das zusammen 100 Prozent arbeitet, ist da im Vorteil.

Was wäre die richtige Lösung? Müsste man bei den Steuern berücksichtigen, wie viel die Eltern arbeiten?

Die Berücksichtigung der Freizeit als Teil der Leistungsfähigkeit ist in der Theorie der optimalen Steuer durchaus ein Thema, die Umsetzung ist jedoch schwierig und politisch höchst umstritten.



Der Umgang mit berufstätigen Müttern sei in der Schweiz noch immer mit Vorurteilen belastet und von einer Männerwelt geprägt, sagt Monika Bütler.

GERRY NITSCH

«Von Sozialabbau kann nicht die Rede sein»

Die Ökonomin Monika Bütler findet, dass Frauen durchaus bis 65 arbeiten können. Die Probleme der Frauen sieht sie nicht in der AHV, sondern woanders, wie sie im Gespräch mit Katharina Fontana und Christina Neuhaus sagt

ten. Eine Individualbesteuerung würde wenigstens die negativen Arbeitsanreize reduzieren. Klar ist, dass gut ausgebildete Eltern, die je zu fünfzig Prozent arbeiten, ihre – steuerbare – Leistungsfähigkeit freiwillig einschränken. Verstärkt wird dieser Effekt, wenn es sich um Leute handelt, deren Ausbildung die Allgemeinheit finanziert hat. Aber das ist ein anderes Thema. Wir müssen als Gesellschaft aufpassen, sei es in der Rentendebatte oder in anderen Bereichen, dass die akademische Mehrheit in den Parlamenten nicht einfach optimale Lösungen für Akademiker und Akademikerinnen sucht.

Wie stehen die Frauen heute in der AHV da, verglichen mit den Männern? Welchen Unterschied macht der Zivilstand? In der AHV sind die Renten der Frauen und der Männer im Mittel gleich hoch. Verheiratete Frauen sind bei der AHV gut abgesichert. Es gibt verheiratete Frauen ohne Kinder, die auf eine volle AHV-Rente kommen, ohne je erwerbstätig gewesen zu sein. Vorsorgelücken über alle drei Säulen der Alterssicherung gibt es vor allem bei alleinstehenden und geschiedenen Frauen mit Kindern, teilweise auch bei alleinstehenden Männern. Die alleinstehenden Frauen ohne Kinder haben dagegen meist kein Problem mit der Altersvorsorge, sie sind tendenziell gut ausgebildet. Dies im Unterschied zu alleinstehenden Männern.

1997 wurde das Rentenalter der Frauen von 62 auf 64 Jahre erhöht, ohne die grosszügigen Kompensationen, die bei der neusten Revision vorgesehen sind. Was war damals anders?

Die damalige Reform wurde als «Frauenreform» angepriesen, doch sie kam mit dem Einkommenssplitting und den Betreuungsgutschriften einzig den verheirateten Frauen und den Müttern zugute. Den zahlreichen alleinstehenden Frauen ohne Kinder bot die Reform nichts. Sie mussten einfach ein bis zwei Jahre länger auf eine volle Rente warten.

Wie haben die Frauen damals auf das höhere Rentenalter reagiert?

70 Prozent der Frauen haben sich sofort angepasst und erst im Alter von 63 oder 64 Jahren die AHV Rente beantragt. Dies trotz der subventionierten Frührenten, auf die sie Anspruch gehabt hätten. Das neue Rentenalter

wurde also gut akzeptiert – und das bei einer Generation von Frauen, der es punkto Gleichberechtigung bei weitem nicht so gut ging wie den heutigen Neurentnerinnen.

Das AHV-Referenzalter scheint psychologisch eine wichtige Rolle zu spielen. Das ist tatsächlich seit Jahrzehnten ein Fixpunkt, nach dem sich die Menschen orientieren. Interessanterweise beantragt die Mehrheit der Leute die AHV-Rente mit 64 beziehungsweise 65 Jahren, auch jene, die sich mit 58 Jahren pensionieren lassen oder bis 70 weiterarbeiten. Und dies selbst dann, wenn ein Vorbezug oder ein Aufschub finanziell rentabler wäre.

Stimmt der Eindruck, dass sich immer mehr Arbeitnehmer frühpensionieren lassen?

Nein, der Trend zur Frühpensionierung nimmt eher ab. Was dagegen bei den Renten aus der zweiten Säule auffällt: Es lassen sich eher jene frühpensionieren, die gut verdienen, vor allem bei den Männern. Die Pensionskassenrente ist bei Neurentnern zwischen 58 und 60 Jahren am höchsten. Männer, die über das ordentliche Rentenalter hinaus arbeiten, haben eher wieder höhere Renten aus der Pensionskasse, für Frauen stimmt dies nicht. Männer scheinen eher aus Freude länger zu arbeiten und Frauen häufiger, weil sie finanziell darauf angewiesen sind.

Die neue AHV-Revision sieht weitgehende finanzielle Abfederungen für die Frauen vor, die über jene von 1997 hinausgehen. Und trotzdem sagen die Gegner, es handle sich um Sozialabbau. Ist es Sozialabbau?

Von Sozialabbau kann bei einer so langsamen Angleichung des Rentenalters mit grosszügigen Kompensationen nicht die Rede sein. Kritisiert werden könnte eher, dass die Kompensationszahlungen zugunsten der Frauen wenig zielgenau sind. Die Mittel, die finanziell gut gestellten Frauen wie mir zukommen, hätte man gescheiter zur Abfederung der Härtefälle eingesetzt. Zudem ist es schon erstaunlich, dass die Rentendebatte ausgerechnet jetzt, wo die Lebensmuster in der Gesellschaft so vielfältig geworden sind, einzig aus der binären Frau-Mann-Optik diskutiert wird. In der Gleichstellung liegt noch

einiges im Argen, doch gerade bei der AHV stimmt dies nicht.

Die Gegner argumentieren auch mit der Rentenlücke. Frauen erhalten aus der zweiten und der dritten Säule im Schnitt ein Drittel weniger Geld als Männer, allerdings gilt dies in erster Linie für verheiratete Frauen, die vom Einkommen ihres Mannes leben. Kann man da von Rentenlücke sprechen?

Eine Rentenlücke aus der zweiten und dritten Säule gibt es bei den Geschiedenen und Verwitweten. Doch die Lücke ist auch in der Ehe nicht null, sie ist nur schwieriger zu beziffern. Viele Verheiratete – Frauen wie Männer – unterschätzen die Risiken Scheidung und Tod des Partners. Insbesondere dann, wenn Pensionskassenguthaben als Kapital bezogen wurden, ist der Vorsorgeausgleich bei Scheidung im Rentenalter und Tod des Partners beschränkt, was namentlich die Frau vor Probleme stellen kann. Es ist komplizierter, zwei Leben abzusichern als nur eines.

Doch wenn ein traditionell lebendes Ehepaar zusammen in Rente geht und sein Leben weiterführt wie in den Jahrzehnten zuvor, hat die Frau keine Lücke. Solange die Ehe besteht, nicht. Allerdings zeigen Studien, dass die Verteilung des Einkommens in der Ehe durchaus eine Rolle spielt, wie und wann die Mittel verwendet werden. Zudem: Die Rentenlücke zeigt sich in erster Linie bei den Alleinstehenden – und allein stehend sind im hohen Alter fast alle.

Die Politik will den Koordinationsabzug bei der beruflichen Vorsorge senken oder abschaffen, dies sei wichtig für die Frauen. Dann müsste eine 30-jährige Coiffeuse, die zwei Tage pro Woche arbeitet, Beiträge in die Pensionskasse zahlen, um 35 Jahre später eine Rente zu erhalten. Ist das wirklich im Sinne der Frauen mit kleinen Einkommen?

Ich persönlich halte die Abschaffung des Koordinationsabzugs für richtig. Gleichzeitig hat eine Senkung oder Abschaffung auch Nachteile. Sie verteuert tendenziell die Arbeit und senkt so möglicherweise die Attraktivität gewisser Stellen. Personen im Niedriglohnssektor werden später weniger Ergänzungsleistungen beziehen können – je höher die Rente, desto tiefer der Anspruch. Das kann erwünscht sein; ob es auch sozial ist, ist eine andere Frage. Kommt hinzu: Mit einer Ausweitung der Pensionskassenpflicht muss die Administration für die Arbeitgeber zwingend vereinfacht werden. Sonst ist der Anreiz gross, die Haushalthilfe oder die Gärtnerin schwarz zu beschäftigen.

Aber Sie finden dennoch, dass die Ausweitung des Zwangssparens für die Frauen in Mini-Jobs in deren Interesse ist?

Es geht ja nicht nur um die Frauen, sondern um die Vorsorge allgemein. Ich könnte auch einwenden, es sei nicht im Interesse der Frauen, nur Mini-Jobs zu haben. Hier zeigt sich ein fundamentaler Zielkonflikt in der ganzen Renten-debatte. Was wollen wir mit den Reformen eigentlich erreichen: eine höhere Berufstätigkeit mit einem höheren Grad an Selbstvorsorge durch Arbeit oder eine Abgeltung der Betreuungsleistungen mit negativen Anreizen für die Erwerbstätigkeit?

Kurz gefragt: Welche Verbesserungen braucht es für Frauen bei der Altersvorsorge?

Frauen ohne Kinder können im heutigen System selber fürs Alter vorsorgen. Bei Müttern ist die Sache komplizierter. Eine Reduktion des Koordinationsabzugs unterstützt die Absicherung erwerbstätiger Mütter. Es wäre dennoch sinnvoll, wenn der Staat gewisse institutionelle Hilfen bieten würde, damit ein Paar innerhalb der Partnerschaft einen Vorsorgeausgleich organisieren kann. Wenn der betreuenden Person beispielsweise Beitragsjahre in der zweiten oder dritten Säule fehlen, sollte es möglich sein, dass das Paar die Einzahlungen zeitlich gestaffelt nachträglich leistet. Zudem würde ich vorschlagen, dass der Ausgleich bei der Pensionskasse zwischen den Eltern beispielsweise bis zum 16. Altersjahr des jüngsten Kindes zwingend ist, und zwar unabhängig vom Zivilstand. Das ist zwar paternalistisch und ein Eingriff in die Wahlfreiheit, doch unter dem Titel einer mög-

lichst günstigen und effizienten sozialen Absicherung zu rechtfertigen. Und es braucht einen Ausgleich für bestimmte Pflegeleistungen, welche den Aufbau der eigenen Vorsorge erschweren.

Und dann wäre gut?

Was die Altersvorsorge angeht, ja. Man darf nicht vergessen, dass viele Entscheidungen auf persönlichen Präferenzen beruhen, in die sich der Staat nicht einmischen soll. Frauen, auch alleinstehende, arbeiten häufiger Teilzeit als Männer und haben dann in der Folge eben eine tiefere Rente.

Ist das Ganze letztlich nicht einfach eine Wohlstandsdiskussion? In Portugal beispielsweise arbeiten praktisch alle Frauen Vollzeit. Da ist keine Rede davon, dass Mütter zwei Tage pro Woche zu Hause bleiben.

Es hat sicher mit dem Wohlstand zu tun, gleichzeitig ist die verbreitete Teilzeitarbeit auch kulturell bedingt. Man bringt Mütter hierzulande immer mit Teilzeit in Verbindung, kaum je mit Vollzeit. Auch viele junge Frauen legen sich von vorneherein auf einen Teilzeit-job fest, richten ihre Berufswahl entsprechend aus und geraten damit oft in Branchen, in denen sie schlechter bezahlt werden. Dabei ist es heute wahrscheinlich einfacher, in «Männerberufen» Beruf und Familie zu verbinden als anderswo. Die Firmen unternehmen ja enorm viel, um die Frauen zu gewinnen. Trotzdem ist es eine Illusion, zu glauben, dass man mit einem halben Pensum dieselbe Laufbahn absolvieren kann wie mit einer Vollzeitstelle.

80-Prozent- oder 60-Prozent-Pensen werden inzwischen aber vielerorts akzeptiert, sofern sie nicht zu lange dauern.

Am Ende hängt es nicht nur von Teilzeitstellen, günstigen Krippen und anderen ökonomischen Rahmenbedingungen ab, ob Frauen und Männer beruflich gleichgestellt sind, sondern auch von individuellen Präferenzen und dem kulturellen Umfeld. Und da muss ich feststellen, dass der Umgang mit berufstätigen Müttern in der Schweiz noch immer von Vorurteilen und einer Männerwelt geprägt ist.

Frauen haben bei der Ausbildung und der Akademikerquote allerdings rasant aufgeholt.

Durchaus, in der Berufswelt allerdings harzt es manchmal noch. Eine interessante Studie aus den USA zeigt, dass viele Ingenieurinnen den Job wieder verlassen, nicht aus Familiengründen, wie vermutet wurde, sondern weil sie sich im männlich geprägten Umfeld nicht mehr wohlfühlten.

Warum schliessen sich die Ingenieurinnen, denen es verleidet ist, nicht zusammen und gründen ihre eigene Firma, ohne Männer?

Das gibt es durchaus, nur müssen Frauen zusätzliche Hürden meistern. Studien zeigen klar, dass Frauen weniger Kredit von den Banken erhalten, dass sie harscher beurteilt werden als Männer und für gleiche Erfolge eine weniger wohlwollende Beurteilung erhalten – es heisst dann, sie seien fleissig statt genial. Fast nie ist böse Absicht dahinter, es sind eher implizite Vorurteile. Es passiert mir noch heute an Anlässen, dass mich Teilnehmer, die mich nicht kennen, für eine Angestellte halten oder für die «Frau von», mit der man fünf Minuten vor Schluss anstandshalber noch ein paar Worte wechselt. Oder die akademischen Titel gehen bei mir vergessen, nicht aber bei meinem Kollegen. Die Frauen werden noch immer unterschätzt, von Männern und Frauen übrigens, in der Schweiz etwas stärker als in anderen Ländern.

Wer als Mann ruhig und zurückhaltend auftritt, dürfte es in Alpha-Männer-Kreisen ebenfalls schwer haben. Liegt es wirklich am Geschlecht?

Es ist, wie schon in der Altersvorsorge, komplizierter als ein Mann-Frau-Gegensatz. Ich habe es allerdings in den letzten 40 Jahren noch nie erlebt, dass ein zurückhaltend auftretender Mann als Anhängsel oder als Hilfskraft angeschaut wurde.

Werden Sie die AHV-Reform ablehnen? Nein, ich werde ihr zustimmen, mit etwas Bauchweh.

Sommaruga drängt auf eine Lösung mit der EU

Die Bundesrätin wählt ungewohnt deutliche Worte

FABIAN SCHÄFER, BERN

Gewiss ist es Zufall, dass sie die Rede im Tessin gehalten hat. Doch es macht den Unterschied in der Tonlage nur noch auffälliger. In Locarno hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga in einer Art und Weise über das Verhältnis zur EU gesprochen, wie man dies von ihrem zuständigen Kollegen, dem Tessiner Ignazio Cassis, schon länger nicht mehr gehört hat. Wenn der Aussenminister über die EU spricht, hat das zuletzt in der «NZZ am Sonntag» so getönt: «Der Bundesrat würde sehr gerne bessere Beziehungen zur Europäischen Union haben. Die Frage ist bloss, wie?»

Sommaruga ihrerseits lieferte bei ihrem Auftritt am Wochenende bei den Verlegern in Locarno zwar keine Antworten auf diese Frage, liess aber einen klaren Willen erkennen: «Es ist Zeit für einen neuen Anlauf mit Europa.» Angesichts des Kriegs in der Ukraine und der drohenden Gas- und Stromkrise forderte die Energieministerin eine «Annäherung an Europa». Umfassende Sicherheit finde die Schweiz nicht, indem sie lediglich für ihre Armee mehr Geld ausbebe, sondern nur in und mit Europa.

«Realistische Einschätzung»

Die grenzenlose gedachte Globalisierung stosse an ihre Grenzen, hielt die Bundesrätin fest. «Die Zeit für naive Schwärmereien, für Abenteuer in ferneren Ländern, die ist vorbei.» Jetzt brauche es den kühlen Verstand. «Und der fordert das Naheliegende: Wir brauchen eine Lösung mit Europa.» Die Schweiz müsse sich wieder stärker an der EU orientieren. Europa sei nicht nur der grösste Handelspartner des Landes, sondern auch der zuverlässigste Partner überhaupt. Inhaltlich ging Sommaruga nicht ins Detail. Sie machte jedoch klar, dass sie eine schwierige Auseinander-

setzung erwartet – und setzte sich selber sowie ihre Kollegen rhetorisch unter Zugzwang: «Für den nächsten Schritt – den Schritt auf Europa zu – braucht es Mut, Standfestigkeit und eine stabile politische Mehrheit.» Gefragt sei «ein ehrliches und verbindliches Engagement» des Bundesrats sowie einer deutlichen Mehrheit der Parteien und der Wirtschaft. Es brauche «eine realistische Einschätzung der Optionen».

SP spielt eine zentrale Rolle

So viel europapolitische Deutlichkeit war länger nicht mehr zu hören. Dass Bundesräte das dornenreiche Thema von sich aus anschnelden, ist eher selten. Als Energieministerin hat Sommaruga angesichts der drohenden Versorgungsprobleme ein besonders grosses Interesse an einer Annäherung. Zudem heisst es in Bern, sie habe sich auch im Ringen um den gescheiterten Rahmenvertrag für Konzessionen eingesetzt. Sommarugas Positionierung ist umso wichtiger, als ihre Partei in dieser Debatte eine zentrale Rolle spielt. Das neue Europa-Papier der SP lässt eigentlich keinen Raum mehr für die unnachgiebige Haltung der Gewerkschaften beim Thema Lohnschutz. Die Frage ist jedoch, wer sich innerhalb der Partei durchsetzt, wenn es hart auf hart geht. Grosser Gegenspieler der Europafreunde ist Nationalrat Pierre-Yves Maillard, der Präsident des Gewerkschaftsbunds.

Vorerst ist jedoch der Bundesrat am Ball. Seine Unterhändler werden die Sondierungsgespräche mit der EU fortsetzen, sobald die Brüsseler Administration aus der Sommerpause zurückkehrt. Danach müssen die sieben Bundesräte entscheiden, ob sie sich trotz der Fundamentalopposition der Gewerkschaften und der SVP auf neue Verhandlungen einlassen wollen. Zumindest bei einem Siebtel ist der Fall bereits klar.

Plötzlich steht Chiesa auf gleicher Stufe wie Pelosi

SVP-Präsident relativiert Aussage zu Taiwan-Reise

DAVID BINER, BERN

In der Ukraine wird gekämpft, rund um die Taiwanstrasse gedroht. Der Bundesrat tagt erst nächste Woche wieder. Mitte-Präsident Gerhard Pfister hat seit längerem nicht mehr getwittert. Bundesbern döst. Für Schlagzeilen sorgt die SVP – dieses Mal unfreiwillig.

Präsident Marco Chiesa wolle «so bald wie möglich» nach Taiwan, titelte die «Sonntags-Zeitung». Trotz den äusserst angespannten Beziehungen mit China nach dem Abstecher von Nancy Pelosi, der Vorsitzenden des US-amerikanischen Repräsentantenhauses. Und trotz den Warnungen von Wang Shiting, dem chinesischen Botschafter in Bern, der Schweizer Aussenpolitikern nahelegt, in diesem Konflikt «richtig und falsch» voneinander zu unterscheiden.

Chiesa findet es richtig, dass die von ihm präsierte parlamentarische Freundschaftsgruppe Schweiz-Taiwan nach Taipei reist. Auch einem Besuch in Peking stehe eigentlich nichts im Weg; wenn da nicht gerade ein Krieg um den von China nicht anerkannten Inselstaat drohen würde. «Ich hoffe sehr, dass ich in naher Zukunft Taiwan besuchen kann und eines Tages auch China, was bedeuten würde, dass sich die Beziehungen normalisiert haben und die Gefahr eines bewaffneten Konflikts gebannt ist», wird der Tessiner in der «Sonntags-Zeitung» zitiert.

Im Artikel wird aus Chiasas allgemeiner Friedenserwartung eine dringliche, eine politische Mission. Auf diplomatischer Ebene sei die «heikle Reise» der Schweizer sogar «vergleichbar» mit dem Pelosi-Besuch, steht dort. Im glei-

chen Artikel beschwichtigt SVP-Aussenpolitiker Roland Rino Büchel, man wolle China keinesfalls provozieren. Am Sonntagabend titelt dann der «Blick», dass die Schweizer Taiwan-Politik die SVP «entzweie». Schon am Montagmittag schreitet Christoph Blocher ein und kocht die vermeintliche Polemik ab. «Der Besuch wird hochgespielt, Parlamentarier dürfen nach Taiwan reisen, und es gibt genauso auch Reisen nach China», sagt der SVP-Doyen gegenüber CH-Media. Amen?

Der SVP-Präsident fühlt sich einmal mehr missverstanden von den Medien. Es sei zwar richtig zitiert worden, sagt Chiesa. Der Dreh des Artikels habe ihn dann aber doch überrascht. Die Reise der parlamentarischen Freundschaftsgruppe sei schon lange vorgesehen gewesen, wegen Corona aber mehrfach aufgeschoben worden. Möglich, dass man im ersten Semester 2023 nochmals einen Termin ansetzte, so Chiesa. Aber sicher nicht jetzt, in der gegenwärtigen geopolitischen Lage. «Glauben Sie mir, ich mache jetzt nicht einen auf Nancy Pelosi.»

Die kleine Episode kaschiert eine grosse Frage: Wie verhält sich die Schweiz, wenn China Taiwan tatsächlich angreifen sollte? Ist die von Aussenminister Ignazio Cassis angedachte «kooperative Neutralität» bereit für den Realitäts-Check? Wie der «Tages-Anzeiger» jüngst berichtet hat, wird der Bundesrat schon bald darüber diskutieren, ob er punktuelle EU-Massnahmen gegen China, sogenannte thematische Sanktionen, übernehmen soll. Spätestens dann wird in Bern die politische Sommer-Siesta vorbei sein.